

Zum dritten Mal in Folge

Die Schwarze Null steht

Solidität. Solidarität. Stabilität. Sicherheit. „Das sind die Markenzeichen dieser Regierung. Diese Markenzeichen tun dem Land und seinen Menschen gut“, stellte CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt bei der Debatte zum Bundeshaushalt 2016 fest. Auch im kommenden Jahr wird es trotz der aktuellen Herausforderungen einen ausgeglichenen Haushalt geben.

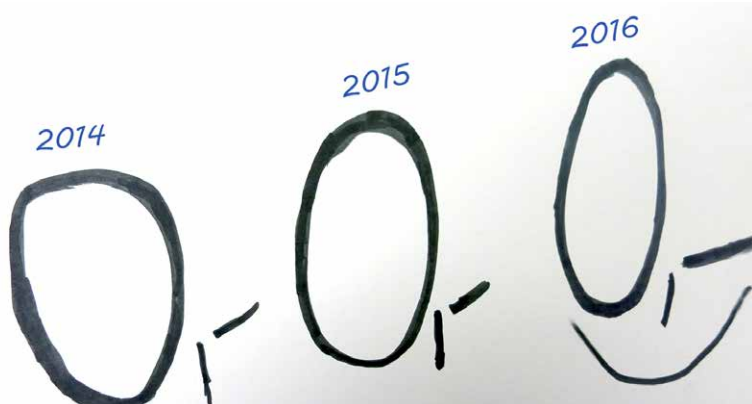


Foto: CSU-Landesgruppe

316,9 Milliarden Euro gibt der Bund 2016 insgesamt aus – und das, ohne neue Schulden. Denn die Schwarze Null steht – zum dritten Mal in Folge. Mehr Mittel fließen vor allem in die Verkehrsinfrastruktur, den Breitbandausbau sowie in Bildung und Forschung. Auch zur Bekämpfung der Fluchtursachen werden deutlich mehr Gelder bereitgestellt. „Wir vergessen bei alledem aber nicht diejenigen, die unsere Hilfe brauchen: die Pflegebedürftigen, die Kranken“, unterstrich Hasselfeldt. Der Bundestag hat dazu bereits umfangreiche Verbesserungen beschlossen. Ebenfalls wird die innere Sicherheit gestärkt.

Deutschland sei ein starkes Land – ökonomisch, politisch und sozial. Gerade bei der aktuellen Herausforderung – der Flüchtlingskrise – spüre man dies in besonderer Weise. Täglich kommen bis zu 10.000 Flüchtlinge in Bayern an. „Ohne die Leistung der Hauptamtlichen, ohne die Leistung der Kommunen und ohne die Leistung der Ehrenamtlichen und

deren Organisationen würden wir diese große Herausforderung nicht schultern können“, dankte die CSU-Landesgruppenvorsitzende. Hasselfeldt machte deutlich, dass die Belastungsgrenze erreicht sei. „Wir spüren, dass die Aufnahmekapazität und die Integrationskraft der Bevölkerung an Grenzen stoßen, ja die Grenze überschritten ist“, so Hasselfeldt. Man müsse dafür sorgen, dass die Zahl der Flüchtlinge reduziert wird und dass „wir eine Begrenzung bekommen“.

**Gemeinsam
Flüchtlingsstrom
begrenzen**

Eine Lösung jedoch, so die CSU-Politikerin, könne nur gemeinsam erreicht werden. Hasselfeldt: „Wir ringen und wir haben gerungen, und ich sage Ihnen ganz offen: Wir unterstützen die Bundeskanzlerin bei allem, was sie auf europäischer und internationaler Ebene unternimmt, um die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren.“ Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel machte in ihrer Rede zuvor deutlich, dass es Ziel sein müsse, „die Zahl der bei uns ankommenden Flüchtlinge zu reduzieren“.



Liebe Parteifreunde,

vor vier Jahren hat unser „bayerischer“ Papst Benedikt XVI. im Deutschen Bundestag eine historische Ansprache gehalten. Benedikt XVI., der zuvor unser Münchner Erzbischof war, hat in dieser Rede die Verantwortung der Politiker für ein gerechtes Recht angemahnt.

Diese prophetische Ansprache war für mich als Vizepräsident des Deutschen Bundestages Anlass zu einer Veranstaltung einzuladen. Über 300 Gäste aus ganz Deutschland sind der Einladung in den großen Protokollsaal des Deutschen Bundestages gefolgt. Als Festredner kam aus dem Vatikan Erzbischof Dr. Georg Gänswein zu uns, der wie kein anderer Papst Benedikt XVI. während seiner Amtszeit eng verbunden war und mit ihm bis heute engstens zusammenarbeitet.

Wir müssen mit unserer Rechtsordnung sorgsam und behutsam umgehen und das Recht achten. Daran hatte uns Papst Benedikt XVI. in seiner epochalen Rede am 22. September 2011 erinnert.

Die Flüchtlingsproblematik überlagert derzeit alle anderen aktuellen politischen Themen. Aber eine der Ursachen, vielleicht sogar eine der entscheidenden Ursachen von Flucht ist, die Abwesenheit von Recht und Gesetz in den Herkunftsländern. Weil Krieg und die Durchsetzungskraft des Stärkeren Recht und Gerechtigkeit zerstört haben. Deshalb verlassen viele Flüchtlinge ihre Heimat. Oder auch, weil Recht für den Einzelnen immer schwerer zu erreichen ist, bedroht durch Korruption, Willkür, oder Unfähigkeit. Auch deshalb suchen viele in Deutschland, in Europa, ihr Recht.

Für uns erwächst daraus die Verpflichtung, dass Rechtsbruch nicht achselzuckend hingenommen werden darf.



The signature is written in black ink and reads 'Johannes Singhammer'.

Johannes Singhammer MdB

Wir – für Bayern in Berlin

Zwischenbilanz
erschienen

Die Zwischenbilanz der CSU-Landesgruppe informiert über die erfolgreiche Arbeit der vergangenen zwei Jahre.

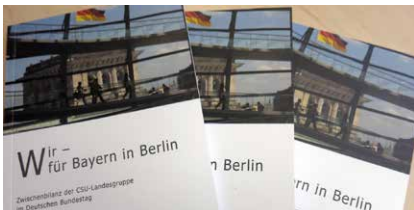


Foto: CSU-Landesgruppe

„Wir – für Bayern in Berlin“ – unter diesem Titel ist die Zwischenbilanz der CSU-Landesgruppe erschienen. Sowohl auf der Webseite als auch – als Kurzfassung – im handlichen DIN-A6 Format können Sie sich über das bislang Erreichte informieren und die Erfolge der Landesgruppe nachlesen.

Die Broschüre kann bestellt werden unter bab@cducsu.de. Auf der Webseite zu finden ist sie unter www.csu-landesgruppe.de/zwischenbilanz.

Kunstprojekt „Für das Ende der Zeit“

Auftrag der Erinnerungsarbeit bleibt aktuell

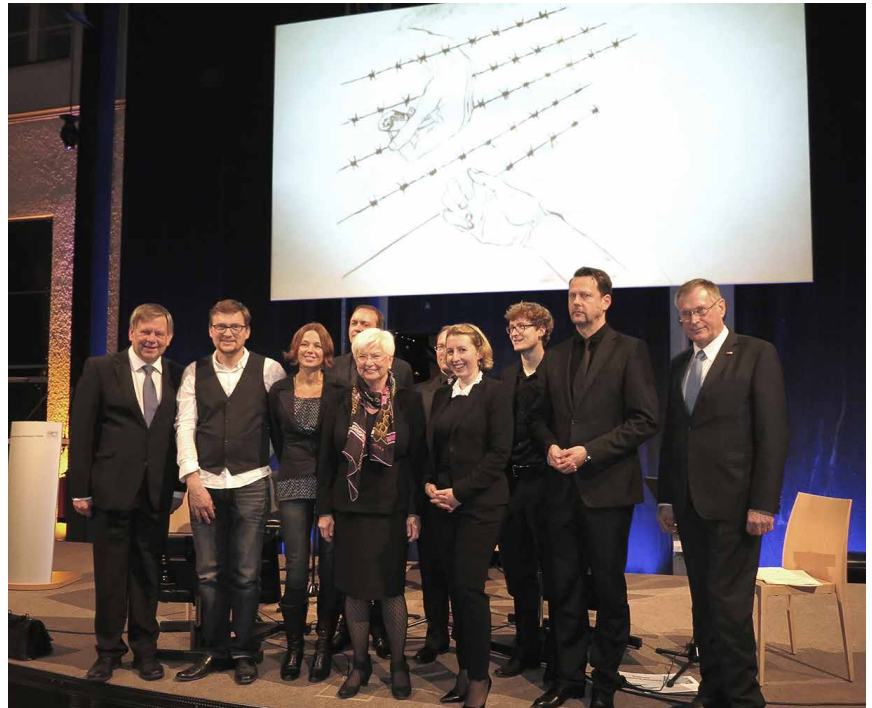


Foto: CSU-Landesgruppe

Gerda Hasselfeldt und Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer im Kreise der Künstler

Diese Woche

Zum dritten Mal in Folge Die Schwarze Null steht	1
Wir – für Bayern in Berlin Zwischenbilanz erschienen	2
Kunstprojekt „Für das Ende der Zeit“ Auftrag der Erinnerungsarbeit bleibt aktuell	2
Interview mit Bartholomäus Kalb Haushalt 2016: Kräftige Investitionen und Entlastungen	3
Der Bundeshaushalt 2016	3
Einbruchskriminalität verringern Einbruchschutz wird jetzt staatlich gefördert	4
Islam-Dialog Vor radikalen Islamisten schützen	4
Geplantes Mandat Bundeswehreininsatz gegen IS	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Henning Schacht

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Es waren bewegende Momente am Montagabend in der Bayerischen Vertretung in Berlin – und sie erhielten nach den Terroranschlägen von Paris noch einmal eine ganz aktuelle Bedeutung: Unter der Schirmherrschaft von CSU-Landesgruppenvorsitzenden Gerda Hasselfeldt fand die Aufführung des Kunstprojektes „Für das Ende der Zeit, gestern und morgen – unser Auftrag heute“ statt. Das Projekt mahnt am Beispiel der Judenvernichtung die Verantwortung eines jeden Einzelnen für die Welt an.

Die Stiftung Bayerische Gedenkstätten und die Bayerische Vertretung in Berlin hatten zu der Veranstaltung geladen, in der das Werk „Quatuor pour la fin du temps“ von Olivier Messiaen gemeinsam mit einem Film bestehend aus Zeichnungen der Künstlerin Esther Glück aufgeführt wurde.

Schirmherrin Hasselfeldt machte in ihrem Grußwort deutlich, dass die Erinnerung an das unsägliche Leid, das wir Deutsche im 20. Jahrhundert über die Welt ausgegossen haben, weiter lebt: „Sie lebt auch deshalb, weil wir Deutsche in den Jahrzehnten danach gelernt haben,

dass Erinnern immer auch heißt, Verantwortung zu übernehmen.“ 70 Jahre nach Kriegsende und 25 Jahre nach der Wiedervereinigung bleibe, so Hasselfeldt, der Auftrag der Erinnerungsarbeit zeitlos aktuell. „Mir ist sie, das darf ich so sagen, ein Herzensanliegen.“ Hasselfeldt ist der festen Überzeugung: Mit dem Mittel der Empathie könne man die Menschen immun machen – gegen Vorurteil und Fremdenfeindlichkeit, gegen Hass und Gewalt. Denn wer mitfühle, wer das Leiden des Anderen spüre, dessen Härte werde weich.

Das Kunstprojekt „Für das Ende der Zeit“ gehe genau diesen Weg, so die CSU-Landesgruppenvorsitzende. Es fordere uns heraus zum Nachdenken, zur Reflexion. „Es nimmt Erinnern geradezu wörtlich: Er-Innern meint dabei, sich das Geschehene immer wieder aufs Neue zu verinnerlichen und das Erinnerte mit anderen zu teilen.“

Sie dankte der Stiftung Bayerische Gedenkstätten und allen voran dem Direktor und seinen Mitarbeitern für das große Engagement und das Geleistete – sowohl in Bayern als auch darüber hinaus.

Interview mit Bartholomäus Kalb

Haushalt 2016: Kräftige Investitionen und Entlastungen

Die Schwarze Null steht – zum dritten Mal hintereinander. Auch mit dem ausgeglichenen Haushalt wird der Bund 2016 kräftig investieren. Wo liegen die Schwerpunkte?

2016 beginnen wir mit der Umsetzung des auf drei Jahre angelegten Zehn-Milliarden-Euro-Investitionspakets. Hier sind insbesondere Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, den Breitbandausbau und die Energieeffizienz geplant. Darüber hinaus investieren wir auch 2016 wieder kräftig in Bildung und Forschung, und zwar über eine Milliarde Euro mehr als noch 2015.

Kritiker sagen immer, die Schwarze Null sei nichts anderes als sozialer Kahlschlag. Was entgegnen Sie dem?

Für diese Behauptung fehlt mir jedes Verständnis. Die Sozialausgaben sind der mit Abstand größte Ausgabenblock im Bundeshaushalt. Von den knapp 317 Milliarden Euro Gesamt-



Der haushaltspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe Bartholomäus Kalb

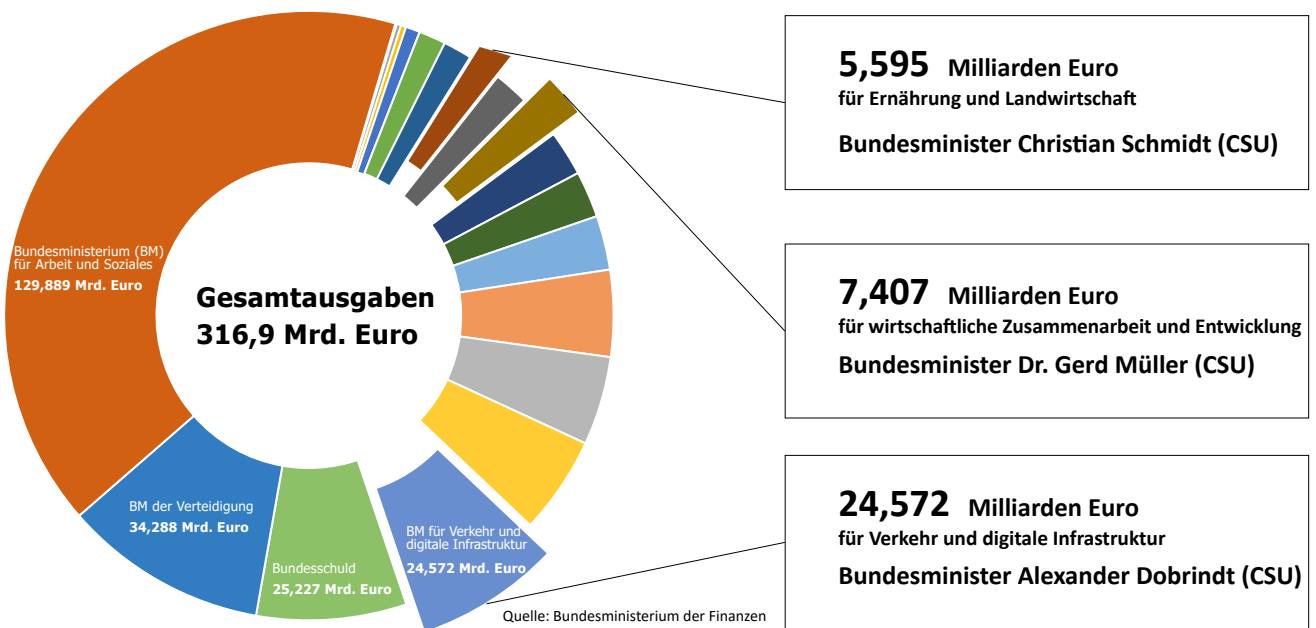
Foto: Deutscher Bundestag / H.J. Müller

haushalt wird mehr als jeder zweite Euro für Soziales ausgegeben. Zudem entlasten wir 2016 die Bürgerinnen und Bürger um insgesamt 5,5 Milliarden Euro – durch die in diesem Jahr beschlossene Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes, des Entlastungsbetrages für Alleinerziehende und des Kinderzuschlags sowie den Abbau der kalten Progression. Auch werden die Landwirte dank des Einsatzes der CSU-Landesgruppe spürbar entlastet: Wir stocken den Bundeszuschuss für die Landwirtschaftliche Unfallversicherung von 100 auf 178 Millionen Euro auf.

Gefährdet die Flüchtlingskrise die Schwarze Null?

Es ist eine beachtliche Leistung, dass wir trotz unvorhergesehener Ausgaben im Zusammenhang mit den hohen Flüchtlingszahlen von knapp acht Milliarden Euro auch 2016 ein weiteres Mal einen ausgeglichenen Bundeshaushaltsplan vorlegen können. Dies ist nur möglich, weil wir in den Vorjahren eine vorsorgende und wachstumsfreundliche Haushaltspolitik betrieben haben. Ich bin zuversichtlich, dass wir die geplante Schwarze Null auch im Vollzug halten werden können.

Der Bundeshaushalt 2016



- Sonstige Institutionen: 102,223 Mio. Euro
- Bundesrechnungshof: 148,610 Mio. Euro
- BM der Justiz und für Verbraucherschutz: 745,492 Mio. Euro
- Deutscher Bundestag: 856,981 Mio. Euro
- Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt: 2,413 Mrd. Euro
- BM für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: 4,544 Mrd. Euro
- Auswärtiges Amt: 4,810 Mrd. Euro
- BM für Ernährung und Landwirtschaft: 5,595 Mrd. Euro
- BM der Finanzen: 5,885 Mrd. Euro
- BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: 7,407 Mrd. Euro
- BM für Wirtschaft und Energie: 7,622 Mrd. Euro
- BM des Innern: 7,801 Mrd. Euro
- BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: 9,104 Mrd. Euro
- BM für Gesundheit: 14,573 Mrd. Euro
- Allgemeine Finanzverwaltung: 14,916 Mrd. Euro
- BM für Bildung und Forschung: 16,400 Mrd. Euro
- BM für Verkehr und digitale Infrastruktur: 24,572 Mrd. Euro
- Bundesschuld: 25,227 Mrd. Euro
- BM der Verteidigung: 34,288 Mrd. Euro
- BM für Arbeit und Soziales: 129,889 Mrd. Euro

Einbruchskriminalität verringern

Einbruchsschutz wird jetzt staatlich gefördert

Eigentümer und Mieter können sich künftig besser vor Einbruchskriminalität schützen: Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat ein Programm aufgelegt, mit dem Handwerkerleistungen finanziert werden können, die der Prävention von Einbruchskriminalität dienen.

„Gefördert werden eine ganze Reihe sinnvoller Maßnahmen des Eigenschutzes, insbesondere der Einbau einbruchshemmender Fenster und Türen“, erklärte der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer (CSU). Er ergänzte: „Wir lassen die Bürgerinnen und Bürger beim Kampf gegen Wohnungseinbrüche selbstverständlich nicht allein. Der Kampf gegen Kriminalität ist natürlich nach wie vor zuallererst eine staatliche Aufgabe und wird es auch bleiben.“



Foto: picture alliance / dpa

Die CSU-Landesgruppe hatte sich für die staatliche Förderung von Einbruchsschutz eingesetzt. Ab sofort stehen für das KfW-Programm „Kriminalprävention durch Einbruchssicherung“ in den nächsten drei Jahren insgesamt 30 Millionen Euro zur Verfügung. Für dieses Jahr sind es zehn Millionen Euro.

Wesentlich sei zudem eine ausreichende Präsenz der Polizei vor Ort, so Mayer: „Der Bund wird dieses Jahr noch einmal massiv die Zahl der Bundespolizisten erhöhen. Hieran müssen sich zahlreiche Länder ein Beispiel nehmen. Denn sie sind in erster Linie verantwortlich, wenn es

um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Diebesbanden geht.“

Zudem sollen Wohnungseinbrüche künftig härter bestraft werden und die Telekommunikationsüberwachung beim Wohnungseinbruchdiebstahl zugelassen werden.

Islam-Dialog

Vor radikalen Islamisten schützen

70 Prozent derjenigen, die in Deutschland einen Asylantrag stellen, sind Muslime. Doch wie können sie ihren Glauben leben und welche Einflüsse haben radikale Prediger auf die Flüchtlinge. Diese Fragen standen im Mittelpunkt des zweiten Islamkreises der CSU-Landesgruppe unter Leitung von Alexander Radwan.



Foto: CSU-Landesgruppe

Der Islam hat viele Gesichter, dies wurde deutlich. Neben den gemäßigten Moslems gibt es auch die radikalen Richtungen. Vor allem Salafisten und Dschihadisten sehen die aktuellen Flüchtlingsströme gen Europa mit großem Unbehagen, erklärten die Experten bei dem Gespräch.

Denn Islamisten befürchteten eine Annäherung der muslimisch Gläu-

bigen an die europäischen Werte. Um dies zu verhindern, setzten sie auf Missionierungsaktivitäten in Europa, so ein Experte des BND. Vor allem junge und sozial schwache Menschen seien Ziel dieser Anwerbungsversuche. Dadurch werde Integration behindert. Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, unterstrich, dass man sich auch dieser Herausforderung stellen müsste.

Geplantes Mandat

Bundeswehreininsatz gegen IS

Im Kampf gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) soll nun auch die Bundeswehr eingesetzt werden. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen bezeichnete dies am Rande einer Fraktionssitzung am Donnerstag als einen schweren, aber wichtigen und notwendigen Schritt. Deutschland möchte Frankreich bei seinem Einsatz gegen den IS mit Schutz, Aufklärung und Logistik unterstützen. „Die CSU-Landesgruppe begrüßt die geplanten Maßnahmen im Kampf gegen den IS in Syrien“, erklärte deren außenpolitischer Sprecher Florian Hahn. Europäische Solidarität sei keine Einbahnstraße. „Wer bei anderen europäischen Herausforderungen ein gemeinsames Handeln einfordert, muss auch selbst bereit sein, Verantwortung zu übernehmen“, so Hahn. Parallel müsse jedoch auch weiter an einer politischen Lösung des Syrien-Konflikts gearbeitet werden. „Eine Basis-Stabilisierung in der Region hat jetzt höchste Priorität.“